



Herausgeber:

Torsten Felstehausen

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 350 60 90

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

 linksfraktion-hessen.de

 twitter.com/LinkeLTGHessen

 facebook.com/linksfraktion.hessen

 instagram.com/linksfraktionhessen

Juni 2019

Fotos:

Titelbild: Achim Lotz, FFF-Demo Frankfurt; Energiewende: DoroT Schenk, 3705362, pixabay.com; Verkehrswende: Grafissimo 155276700, istockphoto.com; Agrarwende: Torsten Felstehausen, Demonstration Neu-Eichenberg; Wohnen: baona 1141225216, istockphoto.com; Fazit: gustavofrazaa 834647990, istockphoto.com

Wohnen

Im Gebäudebereich ist das Einsparpotential besonders groß – das Umsetzungsdefizit leider auch. Die Sanierungsquote von Wohn- und Nutzgebäuden ist viel zu gering. Von den angestrebten zwei bis drei Prozent jährlich hat Hessen gerade einmal knapp ein Prozent erreicht. Daher:

- Spätestens bis 2050 muss der Gebäudebestand praktisch klimaneutral sein. Wir brauchen einen verbindlichen Sanierungsfahrplan mit konkreten Handlungsschritten für die kommenden Jahrzehnte;
- Keine Finanzierung über Mieterhöhungen: Die Kosten der energetischen Gebäudesanierung müssen für die Mieterinnen und Mieter wärmietenneutral sein, d.h. eine Mieterhöhung darf nicht höher sein als die Einsparung beim Heizen und Warmwasser;
- Das Land Hessen muss seiner Vorbildfunktion nachkommen und seinen Gebäudebestand bis spätestens 2035 klimaneutral umbauen;
- Die Sanierung privater Wohnhäuser muss steuerlich begünstigt werden;
- Klimaschutz und Klimaanpassung müssen Grundlage der Planung in Städten, von Neubaugebieten und Infrastruktur werden.



Deshalb:

Systemwandel statt Klimawandel

Unsere Wirtschaftsweise mit den entfesselten globalisierten Märkten heizt den Klimawandel an. Der Kapitalismus funktioniert nur mit dauerhaftem Wachstum. Wachstum ohne Ende kann es auf einem endlichen Planeten nicht geben. Der Erhalt einer lebenswerten Umwelt und der Kapitalismus sind daher auf Dauer unvereinbar, einen grünen oder ökologischen Kapitalismus kann es nicht geben.

Wir brauchen:

- Energie-, Wasser-, Mobilitäts- und Wohnversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge;
- Die Förderung von gemeinwohlorientierten, demokratischen Wirtschaftsmodellen;
- Die Industrie darf nicht mehr von der EEG-Umlage befreit werden;
- Die Förderung von Share-Ökonomie, bei der sich viele Menschen bestimmte Güter teilen, und von Repair-Cafes als Beitrag gegen die Wegwerf-Gesellschaft.

Eine konsequente Politik der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen duldet keinen Aufschub und keine faulen Kompromisse mehr.



Systemwandel statt Klimawandel

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

**Für einen sozial-
ökologischen Umbau**



Die Klimakrise zwingt zum Handeln. Machen wir so weiter, werden große Teile der Erde für uns und spätere Generationen unbewohnbar. Klimaveränderungen bewirken auch eine Zunahme von Dürre und Überschwemmungen, Orkanen und Hitze. Damit verbunden sind Artensterben, Ernteauffälle, Hunger und Flucht. Die Klimakrise ist daher auch die größte soziale Herausforderung. DIE LINKE will weltweite Klimagerechtigkeit und gute Lebensbedingungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Status oder ihrer Herkunft.

Zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens (1,5-Grad-Ziel) müssen wir auch in Hessen unseren Energie- und Ressourcenverbrauch drastisch senken. Ab 2035 dürfen wir nicht mehr Treibhausgase freisetzen als auch wieder gebunden werden.

Aber: Der Klimaschutz muss sozial verträglich sein. Menschen mit kleinen Einkommen dürfen nicht noch stärker belastet werden. Um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen müssen wir unsere Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen.

Unsere Umwelt darf nicht den Gewinninteressen von Konzernen und Finanzinvestoren überlassen werden. Das heißt für uns: Um den Klimawandel zu verhindern, brauchen wir einen Systemwandel.

Ganz Deutschland und auch Hessen verfehlt die Klimaschutzziele. Das ist unverantwortlich.

Worauf es jetzt ankommt:

Energiewende

Ein Kohleausstieg bis 2038 ist deutlich zu spät. Die Pariser Klimaschutzziele sind damit nicht zu erreichen. Die Kohlemeiler und die letzten aktiven Atomkraftwerke müssen deutlich früher vom Netz.

Die Energiewende ist mehr als der Austausch der Energieträger. Mit Energie muss effizienter umgegangen werden und der Umstieg auf erneuerbare Quellen muss auch genutzt werden, um die Energieversorgung zu demokratisieren. Stromerzeugung vor Ort spart lange Leitungen und eine intelligente, sektorenübergreifende Vernetzung spart teure Speicher.

DIE LINKE steht für eine Energieversorgung in Bürger*innenhand, die das Klima und die Daseinsvorsorge für Alle und nicht die Profite Weniger in den Mittelpunkt des Handels stellt.

Dafür müssen wir:

- Die Energiewende zügig umsetzen - Kohleausstieg bis spätestens 2030;
- Wind- und Solarenergie schnell ausbauen;
- Die Energiewirtschaft demokratisieren, dezentralisieren und kommunalisieren: Stadtwerke und Genossenschaften fördern, Bürgerbeteiligung stärken.

Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. Stromabschaltungen darf es nicht geben und die Energiepreise müssen gedeckelt werden. Wir wollen ein Tarifsystem schaffen, das einen sparsamen Umgang mit Energie belohnt und nicht arm macht.



Verkehrswende

Mobilität ist die Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Verkehr verursacht aber auch erhebliche Belastungen durch Treibhausgase, Feinstaub, Stickoxide, Flächenverbrauch und Lärm. Auch Elektroautos stehen im Stau und verbrauchen wertvollen Platz in den Städten. Unsere Verkehrswende sieht anders aus. Statt einer Entwicklung zu immer mehr und immer größeren Autos muss die Mobilität mit Bus und Bahn sowie der Fahrrad- und Fußverkehr gestärkt werden.

- Flugverkehr reduzieren: Kurzstreckenflüge auf die Züge – Kerosin endlich besteuern;
- Mobilitätsgarantie für alle: Mit einem gut ausgebauten ÖPNV, flächendeckend in einem guten Takt und barrierefrei;
- Preise im ÖPNV deutlich senken, hin zu einem Nulltarif für alle;
- Rad- und Fußverkehr stärken: öffentlichen Raum in den Städten umverteilen;
- Autoverkehr zurückdrängen: LKW-Maut deutlich erhöhen, Tempolimit 120 auf Autobahnen, SUV-Verbot in Innenstädten;
- Gute Arbeit bei Verkehrsunternehmen: Mehr Personal, gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne im ÖPNV. Schluss mit dem Ausschreibungs-Irrsinn.

Agrarwende

Die Intensivlandwirtschaft mit ihren totgespritzten Äckern und hohem Düngemittelsatz zerstört die Artenvielfalt und vergiftet unser Wasser. Rund ein Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammt aus der Landwirtschaft und der Ernährung. DIE LINKE fordert daher einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik.

- Glyphosat stoppen: Der Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und Medikamenten muss drastisch reduziert werden;
- EU-Geld für Agrarumbau verwenden: Subventionen von der EU darf es nur noch für gemeinwohlorientierte, soziale und ökologische Leistungen und nicht mehr für exportorientierte Massenproduktion geben;
- Bodenschutz ist Klimaschutz: Gute Ackerböden dürfen nicht weiter versiegelt werden;
- Gute Arbeit in der Landwirtschaft: Der gesetzliche Mindestlohn muss auch für mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein;
- Gutes Essen für alle: Gemeinsam mit sozialen Bewegungen setzen wir uns für klimafreundliche und gesunde Ernährung ein: weniger Fleischkonsum, weniger Flugimporte, mehr lokaler Genuss.

